

Frauen Netzwerk Radolfzell

1. Steuer, Finanzen und Wirtschaft

1. Ehegatten-Splitting

- **Wollen Sie weiterhin nur die Ehe oder stattdessen Kinder und Familien fördern?**

Ich will alle Familienformen unterstützen, sei es in der klassischen Ehe, als Ein-Eltern-Familie (Alleinerziehende) oder nicht verheiratete Paare. Wir wollen für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung strukturell die Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir zusätzlich mit einer Steuergutschrift.

2. Grundrente

- **Wie stehen Sie zur Forderung nach einer Grundrente für Ehefrauen/Partner?**

Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von den Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.

3. Mini-Jobs treiben Frauen in die Altersarmut

- **Welche Lösungen haben Sie**

Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

4. Frauen arbeiten überproportional oft in unteren Lohngruppen, oft nur zum gesetzlichen Mindestlohn von 9,60€/h.

- **Werden Sie sich für die Erhöhung des Mindestlohns einsetzen**

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Deswegen werden wir den gesetzlichen Mindestlohn sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen.

5. Selbständige und Altersvorsorge

- **Wie beabsichtigen Sie, die finanzielle Absicherung für Selbständige im Alter zu fördern?**

Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind. Als ersten Schritt planen wir Selbständige ohne obligatorische Absicherung zum Beispiel in berufsständischen Versorgungswerken aufgenommen werden.

6. Paritätische Besetzung Vorstände in Unternehmen und Organisationen – Frauen sind in Führungsebenen von Unternehmen und Organisationen unterrepräsentiert

- **Wie würden Sie das ändern?**

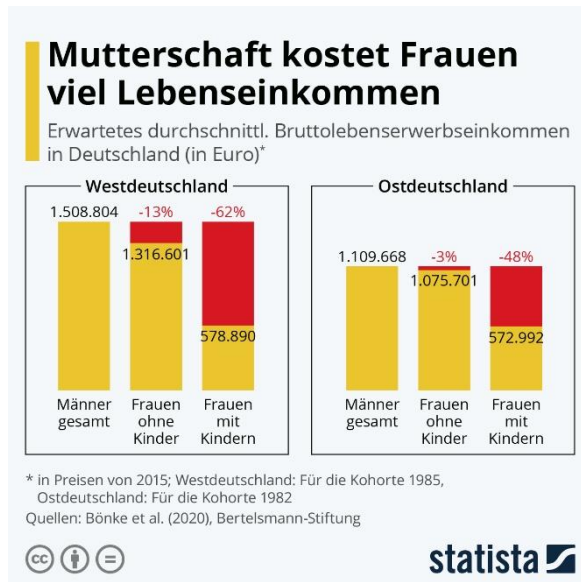
Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Freiwillige Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu unserem Ziel von 50 Prozent Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens ein Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung an Frauen

gehen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent anstreben. Perspektivisch wollen wir in Unternehmen des Bundes paritätische Betriebsstrukturen entwickeln und vorangehen.

7. Altersarmut von Frauen bekämpfen – Frauen sind überproportional betroffen.

➤ Welche Lösungsstrategien schlagen Sie vor?

Dazu muss man betrachten, warum das so ist.



Ein entscheidender Grund für ein geringeres Einkommen und damit einer geringeren Rente liegt an einer traditionellen Rollenverteilung. Das aktuelle System des Elterngeldes verstetigt diese Problematik, weswegen wir konsequent auf gleiches Geld für gleiche Arbeit setzen, aber auch dafür sorgen wollen, dass mehr Männer in Elternzeit gehen. Dafür passen wir das Elterngeld an. 8 Monate je Elternteil und 8 Monate flexibel für eine bessere Verteilung.

8. Bezahlbarer Wohnraum – Frauen sind überproportional davon betroffen, dass sie die Mieten mit ihren geringen Einkommen/Altersversorgungen nicht bezahlen können.

➤ Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Wir wollen ökologischen und sozialen Wohnraum schaffen, indem wo möglich Dachaufstockungen umsetzen, Innenstädte wiederbeleben und Leerstand anpacken. Unsere Bevölkerungszahlen sind weitgehend gleichbleibend und alle haben ja aktuell Wohnraum. Jetzt gilt es die ländlichen Regionen, die ausbluten wieder strukturell zu stärken, um den Zuzugsdruck auf Ballungszentren abzumildern. Und als dritte Maßnahme wollen wir dafür sorgen, dass Kommunen wieder sozialen Wohnraum schaffen, der nicht aus der max. 20 Jahre Preisbindung rausfällt. Wir können nicht alle 20 Jahre den gesamten Sozialwohnungsbestand neu bauen.

2. Politik

1. Paritätische Besetzung der Wahllisten – Frauen sind in den politischen Gremien unterrepräsentiert

➤ Wie stehen Sie zu einer gesetzlichen Verpflichtung, Listenplätze paritätisch zu besetzen und wenn ja, wie soll es konkret geregelt werden?

Wir Grüne besetzen unsere Liste schon paritätisch, und zwar so, dass es Frauenplätze und offene Plätze gibt. Bei den Frauenplätzen dürfen nur Frauen antreten, während bei den offenen Plätzen Männer* und Frauen* antreten dürfen. Damit schaffen wir einen Mindestfrauenanteil von 50% und versuchen damit auch die Männerdominanz anderer Parteien im Bundestag auszugleichen. Ich stehe voll hinter diesem Konzept.

2. Paritätischer Zugang zu Direktmandaten

➤ Sollte die Verpflichtung auch auf Kreis- und kommunaler Ebene bestehen?

Hier bin ich für Anregungen komplett offen. Leider habe ich noch kein überzeugendes Konzept gefunden, wie man das möglich macht. Es braucht aber generell eine strukturelle Stärkung von Frauen in der Politik.

3. Gesellschaft und Recht

- 1. Prostitution – Die in Deutschland geltenden Regeln für die Prostitution gehen davon aus, dass sich Freier und Prostituierte als gleichberechtigte Vertragspartner treffen. Davon kann in der Realität in einer übergroßen Zahl an Fällen nicht ausgegangen werden. Einen völlig anderen Ansatz verfolgen die Staaten des „Nordischen Modells“ indem sie die Freier kriminalisieren und den Ausstieg aus der Prostitution staatlich fördern.**

➤ **Wie ist Ihre Position zu diesem Themenkomplex?**

Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch präventiv durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen, Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Dazu wollen wir auch einen nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel auflegen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen würde erleichtert.

Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz – auch vor Stigmatisierung und Kriminalisierung. Das Prostituiertenschutzgesetz werden wir dementsprechend evaluieren und überarbeiten mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen in der legalen Prostitution zu verbessern. Damit sie ihrer Arbeit sicher nachgehen können, müssen auch die Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden. Freiwillige, niedrigschwellige und mehrsprachige Beratungsangebote werden wir ausbauen und finanziell unterstützen. Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, unterstützen wir durch individuelle Hilfen und Beratung bei der Umorientierung. Dies kann gelingen durch Weiterbildung, finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Vermittlung in Erwerbsarbeit außerhalb der Prostitution.

- 2. Femizide – In Deutschland wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Diese Tötungsdelikte werden medial verharmlost (Ehedrama, Beziehungsdrama, Töten aus Leidenschaft...) und in der Kriminalstatistik nicht gesondert ausgewiesen.**

➤ **Wie kann Ihrer Meinung nach die öffentlichen Wahrnehmung erhöht und die juristische Aufarbeitung dieser Gewalt gegen Frauen verbessert werden?**

Wir brauchen mehr Aufklärungsarbeit und spezifische Gewaltpräventionsprogramme, denn der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Wir wollen außerdem die Kriminalstatistik ausweiten und diese Hasskriminalität sichtbar machen. Zur Verbesserung des Schutzes vor geschlechterspezifischer Gewalt muss außerdem das Gewaltschutzgesetz evaluiert und novelliert werden. Außerdem braucht es eine flächendeckende qualifizierte Notfallversorgung und Schulungen für Polizei und Justiz.

- 3. §219a StGB Werbung für den Abbruch von Schwangerschaft – Frauenärzt*innen sind von Strafen bedroht, wenn ihnen Informationen auf ihrer Homepage über Schwangerschaftsabbrüche als „Werbung“ ausgelegt werden kann.**

➤ **Soll die Information zu Schwangerschaftsabbrüchen auf der Homepage von Praxen weiterhin unter Strafandrohung stehen?**

Bei einer ungewollten Schwangerschaft muss der bestmögliche Zugang zu Informationen gewährleistet werden. Um Ärzt*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es insbesondere den § 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

4. Bundeseinheitliche Finanzierung von Frauen- und Kinderschutzhäusern – Die Finanzierung ist bundesweit sehr unterschiedlich geregelt und generell zu schlecht.

➤ **Wie würden Sie die Finanzierung künftig regeln?**

Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates, Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen ab und verbessern den Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für alle Frauen.

5. Gebührenfreie Kitas – Eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung ermöglicht Frauen einen schnellen beruflichen Weiedereinstieg, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und das Erarbeiten einer Altersversorgung. Ebenso ermöglicht sie allen Kindern frühzeitige Förderung, qualifizierte Bildungsangebote für einen guten Bildungsweg und damit die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

➤ **Wie stehen Sie zu einer Kita-Gebührenfreiheit?**

Ich finde, wir müssen jetzt endlich den Beruf aufwerten, auch finanziell. So gewinnen wir erstmal genügend Personal, um allen einen Kita-Platz anbieten zu können. Zusätzlich wollen wir Kita-Plätze für Schichtarbeitende ausbauen – also Krankenpflegende, Ärzt*innen und weitere. Kita-Gebührenfreiheit sehe ich vor diesem Hintergrund schwierig, denke aber es darf durchaus eine Gebührenstaffelung mit Blick auf das Einkommen geben. Sodass es auch Alleinerziehenden möglich ist Kitas in Anspruch zu nehmen.